



## Wer CDU wählt, wählt die GRÜNEN!

### *Und andersherum*

Immer vor Wahlen erleben wir ein Déjà-vu. War es in vergangenen Zeiten oft die rote Gefahr, wovor dieses Land gerettet werden musste, so ist es heute die grüne. Als edler Retter der Nation geriert sich wie immer die CDU. Sie gibt unentwegt den Bürgern zu verstehen, dass nur sie Schlimmeres abwenden kann und Garant für Freiheit, Sicherheit, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist.

Aber wer hat, vor allem in den letzten 16 Jahren, eine grünideologisierte Politik in diesem Land gemacht? Wer hat die Grundrechte massiv eingeschränkt und die Überwachung erhöht, viele Befugnisse nach Brüssel abgegeben, Millionen Fremde in unsere Sozialsysteme geholt und so auch für die höhere Kriminalität gesorgt, unser Bildungssystem kaputtgespart, die Rente mit 67 eingeführt und die Altersarmut nicht bekämpft? Wer hat denn dafür gesorgt, dass unsere Bürger und Arbeitnehmer in Deutschland weltweit die höchste Steuer- und Abgabenlast sowie die höchsten Ener-

giepreise zu schultern haben? Wer ist denn dafür mitverantwortlich, dass Mieten vielerorts nicht mehr bezahlbar sind und Niedrig-/Negativzinsen sowie die steigende Inflation die Ersparnisse unserer Bürger auffressen? Wer wirkt denn dabei mit, dass unsere Sprache verunstaltet und die Gesellschaft gespalten wird? Wer hat die CO2-Steuer eingeführt, fördert einseitig fehlerbehaftete E-Fahrzeuge und denkt über ein Verbot von Verbrennungsmotoren nach?

Und doch folgt eine immer noch beeindruckende Anzahl von Wählern völlig verblendet den Versprechen dieser Partei. Einer Partei, der es nur um den eigenen Machterhalt geht und die damit unserem Land und unserem Volk in vielen Bereichen spürbaren Schaden zufügt.

Als im Jahre 2011 ein Erdbeben mit nachfolgender Flutwelle zu einem schweren Störfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima führte, verkündete die CDU-dominierte Bundesregierung kurz danach den

### Fast jeder dritte Hartz-IV-Empfänger kommt aus dem Ausland

Der Anteil von Ausländern an allen Hartz-IV-Empfängern in Dresden liegt bei bis zu 30,4 Prozent (Februar 2021). Damit sind sie bei einem offiziellen Ausländeranteil von 8,8 % an der Gesamteinwohnerzahl deutlich überrepräsentiert. Hauptsächlich stammen die ausländischen Hartz-IV-Empfänger aus „nichteuropäischen Asylherkunftsländern“. Von Ende letzten Jahres 10.872 in Dresden gemeldeten Personen aus den Top-8-Asylländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien, bezogen 6.829 Hartz-IV-Leistungen.



Ausstieg aus der Atomkraft – im tsunamisicheren Deutschland. Bei den Aufräumarbeiten kamen durch Arbeitsunfälle fünf Personen ums Leben. Die mehr als 15.000 weiteren Toten gingen ausschließlich auf den Tsunami zurück! Wenig später wurde auch die Verstromung von Kohle in Deutschland beendet.

Die Folgen sind bereits jetzt zu spüren: Die höchsten Energiepreise weltweit, eine stark abnehmende Energiesicherheit, Umweltzerstörung und Tötung von Millionen Insekten und Vögeln, Verschandlung der Landschaft sowie die Beeinträchtigung der Gesundheit unserer Bürger.

Im Jahr 2015 öffnete die Bundesregierung Deutschlands Grenzen für jedermann. Aus „Asylmissbrauch beenden!“ wurde „Wir schaffen das“. Mit verheerenden Folgen für unseren Sozialstaat, unsere Identität und die Sicherheit unserer Bürger. Auch wenn der Rest der Altparteien Wohlgefallen fand, war es hauptverantwortlich die CDU, die mit ihrer Politik der offenen Grenzen gegen die Interessen des deutschen Volkes agierte.

Anfang 2020 erreichte das Corona-Virus Deutschland. Statt besonnen zu reagieren, erfolgten mit Hilfe der von der Bundesregierung initiierten „Gesetze zur



epidemiologischen Lage von nationaler Tragweite“ massive Grundrechts- und Freiheitseinschränkungen, die es noch nie zuvor seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegeben hatte.

Völlig unverhältnismäßig wurden grundlegende Rechte wie das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Versammlungsrecht oder das Recht auf Freizügigkeit ausgesetzt und bei Nichteinhaltung mit hohen Strafen belegt. Auch wenn diese Politik eine breite aktive wie auch passive Unterstützung bei den Altparteien fand, war der Haupttreiber dieser in Teilen politisch motivierten Maßnahmen die CDU.

Ganz tief in die Gender-Trickkiste hat im Juli die CDU-Sachsen gegriffen. Einen

Tag, bevor die AfD-Landtagsfraktion einen Antrag mit dem Titel „Anwendung der sogenannten geschlechtergerechten Sprache in der behördlichen und ministerialen Kommunikation unterbinden“ einbrachte, verabschiedete die CDU-Fraktion ein geschwurbeltes Positionspapier, welches sich u.a. gegen die Benutzung verkürzter Formen mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen ausspricht. Schön und gut, aber warum lehnte die CDU dann den AfD-Antrag ab und warum wurde und wird in den CDU-Ministerien trotzdem kräftig weiter gegendert?

Als AfD waren wir nicht nur ein kritischer Begleiter dieser fehlgeleiteten Politik, sondern bieten als einzige Partei eine wirkliche Alternative. \*AW

# Goldesel „P(l)andemie“?

Kein Impfstoff und auch kein sonstiges Medikament generiert aktuell mehr Umsatz weltweit als das von Biontech und Pfizer entwickelte Covid-19-Vakzin Comirnaty. Pfizer konnte im 2. Quartal 2021 seinen Umsatz fast verdoppeln, der Gewinn stieg um 59% auf 5,56 Mrd. Dollar.

Der Pharmakonzern erwartet in 2021 nun einen Umsatz alleine mit dem Covid-19 Vakzin von 33,5 Milliarden Dollar. Biontechs Umsatz stieg im 2. Quartal 2021 zum Vorjahreszeitraum gar um den Faktor 127 von 41,7 Mio auf 5,3 Mrd. Euro. Der Nettogewinn betrug im

2. Quartal 2021 knapp 2,8 Milliarden Euro nach einem Verlust von 88,3 Millionen Euro im Vorjahr. Pfizer/Biontech plädieren für eine 3. Impfung.

Neben den Impfstoffherstellern profitierte vor allem der digital-finanzielle Komplex von der Corona-Politik. So hat sich der Börsenwert der fünf größten Digitalkonzerne Apple, Alphabet (Google), Microsoft, Facebook und Amazon in den letzten 17 Monaten auf sagenhafte 8,6 Billionen Dollar fast verdoppelt (Stand Anfang August). Zum Vergleich: Das jährliche Bruttoinlandsprodukt der beiden großen Industrienationen Japan

(Nr. 3 weltweit) und Deutschland (Nr. 4) betrug im Jahr 2020 zusammen etwa 8,8 Billionen Dollar. Die beiden größten Vermögensverwalter der Welt, BlackRock und Vanguard, verwalten zusammen aktuell über 16 Billionen Dollar. Während Milliarden Menschen, vor allem Kinder, aufgrund der politisch motivierten Maßnahmen große Einschränkungen hinnehmen mussten und noch müssen, nach Schätzungen 130 Millionen Menschen direkt an den Folgen der Maßnahmen starben, viele kleine und mittlere Unternehmen vor der Pleite stehen, hat es sich für die „Global Player“ richtig gelohnt.

# Mehr Geld für die Bürger

## Staatsgier beenden!



„Ein Blick zu den Rentnern in unseren Nachbarländern genügt um festzustellen, dass nicht nur im Staate Dänemark etwas faul zu sein scheint, wie es sprichwörtlich heißt, sondern vor allem bei uns, in Deutschland. Während in Österreich das Rentenniveau bei 80 Prozent und in Holland sogar bei 100 Prozent liegt, werden hiesige Senioren mit vergleichsweise knappen 50 Prozent abgespeist. Die Preise für Mieten und Lebensmittel sind in Holland und Österreich in etwa auf dem gleichen Niveau wie hier. In den mitteldeutschen Ländern ist das Renten-Einkommen besonders miserabel: 40 Prozent derer, die 40 Jahre lang gearbeitet haben, erhalten nicht einmal 1000 Euro Rente.

Hinzu kommt eine ausufernde Bürokratie. Wie die Bundesregierung hat auch die schwarzrotgrüne Sachsen-Regierung, mit CDU-Kretschmer an der Spitze, es fertiggebracht, den sowieso schon riesigen Staatsapparat aktuell um weitere knapp 500 Stellen aufzublähen.

Allerdings nicht bei Lehrern, Polizisten oder Richtern, sondern in ihren eigenen Behörden. Inzwischen hat allein der Freistaat Sachsen eine größere Verwaltung als das Deutsche Kaiserreich um 1900. Die muss natürlich bezahlt werden. Von Steuergeldern, die den eigenen Bürgern abgeknöpft werden. Es ist ein Paradox: Sachsens Bevölkerung wird weniger, die Bürokratie wächst und mit ihr die Abgabenlast.

### Wofür wir bereits alles bezahlen:

Knapp **26 Milliarden Euro** bezahlt Deutschland an die EU. Nach dem „Brexit“ kommen nun noch rund **14 Milliarden** dazu – der bisherige Anteil Großbritanniens. Den Mammutanteil schulert auch hier Deutschland als größter Nettozahler.

**536 Millionen Euro** zahlt Deutschland pro Jahr Kindergeld ins Ausland. Das Kindergeld, nach Bulgarien oder Rumänien etwa, wird fällig, wenn ein Familienmitglied in Deutschland arbeitet oder Sozialleistungen bezieht.

**Ca. 40-50 Milliarden Euro** kostet uns die willkürliche Asylpolitik der CDU pro Jahr. In Deutschland leben knapp **300.000 abschiebepflichtige Ausländer**, die aber kaum abgeschoben werden und dennoch Leistungen erhalten. Allein in Sachsen sind es fast **15.000**.

Knapp **22 Milliarden Euro** zahlt Deutschland pro Jahr für so genannte Entwicklungshilfe. Sogar China bekam seit 1979 etwa **10 Milliarden Euro** „Entwicklungshilfe“ vom deutschen Steuerzahler, rund **630 Millionen Euro** pro Jahr.

Etwa **400 Millionen US-Dollar** zahlt Deutschland pro Jahr an Beiträgen für die UNO. Viertgrößter Zahler weltweit.

Jeder deutsche Haushalt hat durchschnittlich zudem rund **280 Euro Mehrkosten/Jahr** für das von der CDU eingeführte „Erneuerbare-Energien-Gesetz“, kurz EEG. Wir bezahlen also die Verschandelung unserer Landschaft und das Töten von Vögeln durch Windräder alle mit. Ob wir wollen oder nicht. Zum Dank dafür haben wir dann auch noch die höchsten Strompreise der Welt. Übrigens: Die Schaumweinsteuer wurde 1902 vom Reichstag zur Finanzierung der kaiserlichen Marine eingeführt. Wir bezahlen sie heute noch. 2019 waren es **377 Millionen Euro**.

Andreas Harlaß  
Direktkandidat WK 160

## Fremdschämen für GEZ-Rundfunk

Als Georg Thiel vor über 25 Jahren als schlesischer Spätaussiedler nach Deutschland kam, hatte er Hoffnungen und Vorstellungen von seinem neuen Leben in Deutschland.

Womit er nicht rechnen konnte war, dass er als jemand der keinen Fernseher besitzt in 2021 für ein halbes Jahr als GEZ-Verweigerer in einem deutschen Gefängnis sitzen würde. Georg Thiel ist diesen Weg bewusst gegangen, da er mit dem System der Rundfunkfinanzierung nicht einverstanden ist. Er schuldet dem WDR gut 1.800 Euro und hätte der Erzwingungshaft durch die Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse entgehen können.

Der WDR – und somit der Gebührenzahler – muss die Haftkosten in Höhe von über mehrere zehntausend Euro vorfinanzieren. Damit Georg Thiel nach der Haft nicht ohne Wohnung dasteht, haben über 500 Unterstützer bisher ebenfalls insgesamt etwa 20.000 Euro gespendet.

Es ist beschämend, dass der WDR Thiels Gesuch, den Haftbefehl zurückzuziehen, ablehnte und er die vollen sechs Monate absitzen muss, während in Deutschland andere Personen für tatsächliche Verbrechen eine mildere Behandlung erfahren. \*CN

## Neurenten sinken

Zum 31.12.2020 betrug die Durchschnittsrente in Deutschland 904 Euro, die Durchschnittsrente der Neurentner in 2020 sogar nur 855 Euro. In Sachsen lagen die Neurenten im letzten Jahr mit durchschnittlich 919 Euro zwar über dem Bundesdurchschnitt, der Trend von fallenden Renten ist hier aber besonders stark.

Über eine Million Menschen, die älter als 67 Jahre waren, übten noch einen Beruf aus, davon 831.000 Menschen in einem Minijob. (Stand 20.9.2020)



# Mietpreissteigerung

## *Politisches Versagen der Altparteien!*

Die Mietpreise in der Landeshauptstadt steigen weiter kräftig an. Dies betrifft 83 Prozent der Dresdner, da lediglich 17 Prozent der Dresdner Einwohner in einem Eigenheim oder einer Eigentumswohnung leben. Zum Vergleich liegt die Wohneigentumsquote in Tschechien bei 79% und in Österreich bei 55%.

Laut Dresdner Mietspiegel 2021 stiegen die durchschnittlichen Mieten im Zeitraum von 2011 bis 2021 für eine 30 m<sup>2</sup>-Wohnung von 6,11 auf 8,59 Euro pro m<sup>2</sup> (plus 40,6 Prozent). Für eine 60 m<sup>2</sup>-Wohnung stiegen die Preise von 5,67 auf 8,20 Euro pro m<sup>2</sup> (plus 44,6 Prozent) und für eine 100 m<sup>2</sup>-Wohnung sogar von 6,10 auf 10,89 Euro pro m<sup>2</sup> (plus 78,5 Prozent).

Wie kommt es zu solchen Preissteigerungen?

Im Jahr 2010 wurde in dem Programm „Stadtumbau Ost“ die „klimagerechte Stadtentwicklung“ zur Chefsache erhoben. Seit jener Zeit arbeiten sich linksgrüne Ideologen an politischen Sonderwünschen zur Einmischung in den freien Markt ab. Der Dresdner Stadtrat beschließt immer wieder mieterhöhen- de Auflagen, die den Bau von Wohnungen unnötig verteuern. Beispielhaft sei hierbei das kooperative Baulandmodell zu erwähnen, das eine Quote von 30 Prozent Sozialwohnungen vorsieht, deren Subventionierung diejenigen Mieter zahlen, die keinen Wohnberechtigungsschein erhalten. Auch größere

Bauprojekte kommen kaum noch ohne irrwitzige Vorgaben zu Photovoltaikanlagen, Dachbegrünungen, Pflanzungslisten und E-Ladesäulen aus.

Durch die politisch motivierte Niedrigzins- bzw. Negativzinspolitik suchen viele Investoren (eben nicht nur Spekulanten, sondern bspw. auch Fonds und Versicherungen, die Kundengelder für die Altersvorsorge verwalten) nach alternativen Anlagemöglichkeiten, um wenigstens noch etwas Rendite zu erwirtschaften. Niedrigverzinsten Krediten steigern zudem die Risikobereitschaft. Eine hohe Nachfrage treibt Bau- und Grundstückspreise in phantasievolle Höhen – und damit am Ende auch die Mieten.

Zudem entstand durch die seit nunmehr sechs Jahren anhaltende Asyl-Migration ein enormer Druck auf den Dresdner Mietmarkt für bezahlbaren Wohnraum. In Dresden leben derzeit über 12.000 Personen im Kontext Flucht und Asyl (23,9% aller hier lebenden Ausländer), die überwiegend in Sozialwohnungen untergebracht sind. Der Familiennachzug und Wohnraumbedarf dieser Personen werden weiteren Druck mit sich bringen.

Weitere Belastungen für Mieter entstehen durch Gebührenerhöhungen für Müllentsorgung, Abwasser und Straßenreinigung sowie durch stark steigende Strompreise auf Grund der sogenannten Energiewende. Eine komplette

Umstellung der Dresdner Energieversorgung auf sogenannte „erneuerbare Energien“, also Windkraft und Photovoltaik, konnte im Stadtrat mit den Stimmen der AfD gerade so verhindert werden.

Die Kosten für die Energiewende, Negativzinspolitik, Wohnungen von Millionen von Sozialsystemmigranten und für die grüne Klimapolitik „darf“ und muss auch weiterhin der Steuerzahler, der Rentner und der Mieter bezahlen.

Die AfD will diesen Irrweg aufhalten. Selbstgenutztes Wohneigentum muss stärker gefördert werden. Wir brauchen ein angepasstes Wohngeld, statt sozialem Wohnungsbau, vereinfachte Bauvorgaben und die sofortige Beendigung der illegalen Migration. \*StaFra

## Asylkriminalität Sachsen

Im 1. Halbjahr 2021 wurden insgesamt 8076 Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) erfasst, bei denen mindestens eine tatverdächtige Person im Kontext Flucht/Asyl steht.

1185 „Asylbewerber“ wurden zum 30. Juni in Sachsen als Mehrfach-Intensivtäter-Asyl (MITA) erfasst. Der größte Teil dieser Mehrfachkriminellen kommt aus islamischen Ländern. Nur 256 MITAs waren zum 14. Juli inhaftiert.



# Der Staat, das bin ich!

Es ist ein Montag im Januar 2017. Ich nähere mich in meiner Robe – ich war damals Richter am Landgericht - vorsichtig dem Sitzungssaal 0.19 im Gebäude des LG Dresden. Einen kleinen Wagen, beladen mit Akten, ziehe ich hinter mir her. Auf dem Weg in den Saal achte ich darauf, keinen Anwalt, keine Partei zu lange anzuschauen oder irgendwie einen verfänglichen Gesichtsausdruck aufzulegen, der fehlinterpretiert werden könnte. Denn die Würde des Richteramtes gebietet es, nach außen hin immer klar zu stellen, dass man unparteiisch ist, dass man keine Partei bevorzugt oder benachteiligt und nur dem Buchstaben des Gesetzes folgt, dass man sich der Gerechtigkeit verpflichtet sieht. Wer als Richter in seiner äußeren Erscheinung gar zu lässig ist, der fängt sich schnell ein Befangenheitsgesuch ein.

Ende Juni 2021. Frau Merkel und die Mitglieder der Bundesregierung essen zu Abend im Kanzleramt und zwar in illustrier Gesellschaft. Denn Frau Merkel hatte den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts sowie die Mitglieder des ersten und zweiten Senats eingeladen. Es sind unter anderem dieselben Richter, die wenig später über ein von der AfD angestregtes Organstreitverfahren verhandeln müssen. In diesem Verfahren geht es um das Verhalten von Frau Merkel nach der Wahl des FDP-Politikers Tho-

mas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im Februar 2020. Wir erinnern uns an die Worte der Kanzlerin, die aus Südafrika erklärte, dass dieser Vorgang unverzeihlich sei und deshalb das Ergebnis rückgängig gemacht werden müsse. Diesem Befehl waren die Altparteien in Thüringen bekanntlich unverzüglich gefolgt. Kemmerich warf, nachdem die hastig zusammengemelten mobilen Einsatzkräfte der Antifa ihn und seine Familie bedrohten, schnell das Handtuch und verschwand mehr und mehr in der Versenkung.

Für Frau Merkel war damit die Welt wieder in Ordnung. Ihre Partei, die CDU, verhalf den Linken in Thüringen zur Macht und dazu, einen eingefleischten Kommunisten zum Ministerpräsidenten zu machen. Thüringen, die kleine DDR.

Nun kam aber die AfD auf den Gedanken, den gesamten Vorgang dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung vorzulegen und Frau Merkel mit einem lästigen Verfahren zu überziehen.

Was wird sich Frau Merkel wohl gedacht haben, als sie die Verfassungsrichter zum Abendessen ins Kanzleramt einlud? Worüber hat man da gesprochen? Wie devot werden die Richter zu ihr aufgeschaut haben? Vor allem der Präsident, Herr Dr. Harbarth, der bevor er Richter am Bundesverfassungsgericht

wurde, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Bundestag war. Offiziell handelte es sich um einen regelmäßig stattfindenden institutionalisierten Interorganaustausch, was darauf hindeutet, dass die Richter wohl regelmäßig im Kanzleramt auf Linie gebracht werden.

Wir werden es nie erfahren. Denn ein Befangenheitsgesuch der AfD-Fraktion gegen die beteiligten Richter am Bundesverfassungsgericht wurde durch Beschluss vom 20.7.2020 als „offensichtlich unzulässig“ verworfen. Das hatte für die Richter die günstige Folge, dass sie vor der Beschlussfassung keine dienstliche Stellungnahme abgeben mussten. Abgebügelt und Schluss. Damit hat Frau Merkel wohl wieder ihr Verständnis von Demokratie klar gestellt: Der Staat, das bin ich! Wer zurück zum Rechtsstaat will, dem bleibt nur eine Alternative, die Alternative für Deutschland.

Jens Maier, Direktkandidat WK 159

KREISVERBAND DRESDEN



**Impressum**

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden  
Wilsdruffer Str. 11  
01067 Dresden

E-Mail: [vorstand@afd-dd.de](mailto:vorstand@afd-dd.de)

Redaktion:	René Lange
V.i.S.d.P.:	André Wendt
Gestaltung und Satz:	Stephan Rose
Druck:	Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe:	70.000 Stk.
Ausgabe:	Nr. 4 / August 2021
Bildnachweise:	S. 9 pexels; S. 10 pxhere; S. 12 Bundestagswahlkreise 2021 dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

**Legende:**

AW	= André Wendt
CN	= Christian Niemann
MJ	= Martina Jost
RW	= Dr. Rolf Weigand
StaFra	= AfD-Stadtratsfraktion Dresden

# Deutschland muss wieder normal werden.

Die Welt um uns herum ist verrückt geworden. Deshalb sehnen wir uns nach einem normalen Leben. Einem Leben in Freiheit. Einem Leben in Wohlstand. Einem Leben in Sicherheit. Wir sehnen uns nach einem Leben ohne Angst vor der Zukunft. Das ist menschlich, das ist normal. Deshalb kämpfen wir stellvertretend für alle Bürger und Familien unseres Landes, die wollen, dass Freiheit, Wohlstand und Sicherheit auch noch für unsere Kindeskiner normal sein werden. Gemeinsam mit Ihnen können wir das und noch viel mehr erreichen. **Wenn wir jetzt alle gemeinsam anpacken, geht es wieder bergauf mit unserem Land: Deutschland. Aber normal.**



## Wirtschaft & Arbeit

### Normal ist ein Land, das wieder anpacken darf.

Unsere Fachkräfte und Unternehmen sind Weltklasse. Sie leiden aber unter ausufernder Bürokratie und maroder Infrastruktur.

- Die „Corona-Lockdowns“ haben mehr geschadet als genutzt. Weiteren pauschal verordneten Stillstand darf es nicht geben!
- Unser „Blue Deal“ für Deutschland: Weltspitze durch Forschung und Bildung in Technik und Naturwissenschaften!
- Nachhaltige Investitionen in eine flächendeckende Infrastruktur, vor allem im Bereich der Digitalisierung und der Verkehrsplanung!
- Den Mittelstand entlasten – Weniger Steuern, Vorschriften und Bürokratie für das Rückgrat unserer Wirtschaft!



## Steuern & Abgaben

### Normal ist mehr netto vom brutto.

Für eine Familie mit Kindern reicht ein normales Einkommen kaum noch zum Leben. Denn mehr als die Hälfte des Jahres und damit des Berufslebens arbeiten wir nur fürs Finanzamt. Wir sagen: Schluss damit – der Staat muss dem Bürger wieder Luft zum Atmen lassen!

- Eigentumbildung erleichtern: Grund- und Grunderwerbssteuer abschaffen!
- Freibeträge der Einkommenssteuer an die Inflation anpassen!
- Einführung einer Digitalsteuer für datensammelnde globale Internetkonzerne!
- Rundfunkbeitrag streichen!

## Asyl & Einwanderung

### Normal ist es, unsere Grenzen zu schützen.

Die gescheiterte Integrationspolitik und der Kontrollverlust an den Grenzen haben Deutschland an seine Belastungsgrenze gebracht. Unser Grundsatz lautet: Hilfe vor Ort statt Sterben auf dem Weg nach Europa.

- Zuwanderung wieder national regeln. Keine EU-Aufnahmequoten!
- Kein dauerhaftes Bleiberecht nach illegaler Einreise! Ausreisepflicht durchsetzen!
- Integrationsanreize für qualifizierte Einwanderer!
- Deutsche Leitkultur statt Parallelgesellschaften! Keine Burkas im öffentlichen Raum!

## Rente & Soziales

### Normal ist, den Ruhestand genießen zu können.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns die Anerkennung der Lebensleistung. Unsere Prioritäten sind: sichere Arbeitsplätze, umfassende Gesundheitsversorgung und eine Rente, von der man gut leben kann. Deshalb fordern wir:

- Arbeit muss sich wieder lohnen – Lohndumping in der Zeitarbeit verhindern!
- Gerechterer Sozialstaat: aktivierende Grundsicherung für schwierige Zeiten!
- Beste medizinische Versorgung für Stadt und Land!
- Gleiche und gerechte Renten in ganz Deutschland!



## Innere Sicherheit

### Normal ist ein Staat, in dem Recht und Ordnung herrschen.

Die Regierung hat Polizei und Justiz kaputtgespart. Täter werden nicht verurteilt und die organisierte Kriminalität triumphiert. Für uns steht fest: Das Recht darf dem Unrecht nicht weichen. **Die Bürger sollen in Sicherheit leben, nicht die Verbrecher.**

- Angemessene Besoldung und moderne Ausrüstung für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste!
- Neueste datenschutzgerechte Technik zur Verbesserung von Fahndungsmöglichkeiten!
- Strafjustiz modernisieren & mehr Personal für die Durchsetzung des Rechts!
- Endlich durchgreifen bei extremistischen Gefährdern!

## Familie & Kinder

### Normal ist ein Land, das seine Familien liebt.

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Das ist das Normalste auf der Welt. Und zugleich das Kostbarste. Wir halten Familien den Rücken frei, damit Kinder ungestört aufwachsen und sich entfalten können. Wir brauchen endlich eine Willkommenskultur für unsere Kinder:

- Mehr Wertschätzung für Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen!

## Umwelt & Energie

### Normal ist, die Natur in der Heimat zu schützen.

Reine Luft und sauberes Wasser, intakte Wälder und gesunde Lebensmittel – das wünschen wir uns alle. Aber Bundesregierung und Lobbyverbände setzen mit ihrer verfehlten Energiewende alles aufs Spiel. Aus blinder Ideologie gefährden sie unsere Industrie und die Versorgungssicherheit mit kontraproduktiver Regulierungswut. **Wir brauchen stattdessen einen bodenständigen Naturschutz:**

- Ländlichen Raum und Wälder vor Windrädern bewahren!
- Landwirtschaft entbürokratisieren – endlich Klarheit bei Pflanzenschutz und Tierwohl!
- Erschwingliche Energiepreise für Wirtschaft und Verbraucher – „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ und CO2-Steuer abschaffen!
- Sichere Versorgung durch Anwendung verschiedener Technologien und vielseitigen Energiemix!



- Unterstützung von jungen Familien durch einen „Ehe-Start-Kredit“!
- 20.000 Euro pro Kind als Erstattung bei den Beiträgen der Eltern zur Rentenversicherung!
- Förderung von Betreuungsangeboten: In Kitas, in Schulen und in Familien – mit Betreuungsgeld für Eltern und Großeltern!



## Euro & Eurorettung

### Normal sind solide Finanzen.

Die Euro-Dauerrettung führt zu massiver Verschuldung und entwertet unser Geld. Steigende Preise, sinkende Löhne und der drohende Abstieg unserer Wirtschaft sind die Folgen. Deutschland kann nicht permanent die Schulden anderer Länder übernehmen. Das ist ein Bruch der EU-Verträge. Solide Geldpolitik sieht für uns anders aus:

- Keine europäische Staatsfinanzierung durch die Hintertür!
- Transferunion aufkündigen: Keine zusätzlichen EU-Steuern und keine Haftung für Corona-Kredite der EU!
- Unser Bargeld muss erhalten bleiben!
- Deutsches Staatsgold komplett nach Hause holen!

Ihre Stimme für ein normales Deutschland:  
Am 26.09. AfD wählen.

# AfD

## Deutschland. Aber normal.

[www.afd.de/wahlprogramm](http://www.afd.de/wahlprogramm)

Kinder und Jugendliche werden zunehmend sexuellen Inhalten in den Medien oder dem Internet ausgesetzt. Ungefiltert und ohne Altersbeschränkung führen diese zu Überforderung, Verstörung, Angst und verunsichert Kinder und Jugendliche gerade in der Pubertät was der sprunghafte Anstieg nach Geschlechtsveränderungen unter Jugendlichen seit Aufkommen der Gender-Ideologie zeigt.

Bereits in unseren Grundfesten ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sittlicher, geistiger und körperlicher Gefährdung (Art. 9 SächsVerf) sowie auch das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder zu sorgen (Art. 6 GG und Art. 22 SächsVerf), verankert.

Umso wichtiger ist es, dass Kinder in erster Linie durch ihre Eltern Antworten auf ihre Fragen und entsprechende Erklärungen erhalten. Ergänzend und in einer dem Alter angemessenen Art und Weise können qualifizierte Pädagogen an Schulen dabei unterstützen. Das oberste Gebot ist dabei jedoch, dem natürlichen Schamgefühl unserer Kinder sensibel und rücksichtsvoll zu begegnen!

Übergriffige Sexualpädagogik, die Kindern aktiv sexuelles Verhalten, sexuelle Entwicklung oder das Hinterfragen der



# Finger weg von unseren Kindern!

eigenen sexuellen Orientierung aufdrängt oder diese gezielt fördert, lehnen wir als AfD-Landtagsfraktion strikt ab. Dementsprechend muss der Zugang von Vereinen und Interessensgruppen aus dem Bereich „Sexualpädagogik der Vielfalt“ zu Bildungseinrichtungen unterbunden werden. Einen entsprechenden Antrag bereiten wir aktuell vor und wollen diesen im September in den Landtag einbringen.

Das ungarische Gesetz zum Schutz von Kindern trifft daher genau den Punkt: Die Rechte der Eltern zu stärken und Minderjährige vor Inhalten zu schützen, die den Werten und Vorstellungen der elterlichen Erziehung und damit

dem traditionellen Familienbild widersprechen. Dabei geht es eben nicht darum, Minderheiten auszugrenzen oder nicht zu tolerieren. Vielmehr muss der Grundsatz gelten, dass sexuelle Orientierung Privatsache ist und entsprechend minderheitliche Lebensentwürfe der Mehrheit – insbesondere Minderjährigen – nicht aufgedrängt werden dürfen.

Dies gilt insbesondere für die Bildungsinhalte, die an Kitas und Schulen vermittelt werden! Unser Ziel ist es, dass die Frühsexualisierung unserer Kinder aufhört. Die Gender-Ideologie hat nichts im sächsischen Bildungsplan zu suchen. \*RW

## Jetzt sind schon Kameras sexistisch?

Nicht mehr die Krümmung von Gurken oder der Knusprigkeitsgrad von Pommes gehören in Brüssel nun zu den drängendsten Themen. Stattdessen hat sich die EU-Kommission dem Kampf für die Gleichstellung sogenannter LGBTIQ-Personen verschrieben. Gemeint sind damit lesbische, schwule, bi-, inter- und transsexuelle, aber auch queere Unionsbürger.

Diese werden – zumindest laut Ansicht Brüssels – nämlich neuerdings auch durch Intelligenz bedroht, genauer gesagt durch Künstliche Intelligenz (KI). So stellte der Innenausschuss des EU-Parlaments, also üppig mit Steuerzahler-Geld versorgte EU-Parlamentarier,

jetzt fest, dass die KI-Gesichtserkennung deren Geschlechtsidentität nicht genau genug identifiziert und diese somit diskriminiert. Ein Fall für den Verfassungsschutz also?

Die EU-Kommission hat sich dieses drängenden Themas jedoch bereits Ende 2020 angenommen. Laut einer auch an den Sächsischen Landtag gerichteten Mitteilung (Drucksache 7/4749) namens „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025“ sei eine der „neuen Herausforderungen im Bereich der KI-Systeme zur Gesichtserkennung insbesondere die Erkennung der Gesichter von trans\*-Personen, vor

allem während des Zeitraums der Geschlechtsumwandlung“.

Dazu will die EU einen Rechtsrahmen vorlegen, in dem „speziell auf das KI-Systemen zugrunde liegende Risiko von Vorurteilen und Diskriminierung eingegangen wird.“ So sollen besondere Anforderungen an Trainings- und Testverfahren für KI gestellt werden. Betroffene LGBTIQ-Personen dürfen so sicherlich auf wegweisende Verbesserungen in ihrem ganz und gar von KI-Gesichtserkennungen beherrschten Alltag hoffen. Hinsichtlich der genauen Kosten für den Steuerzahler hüllt sich Brüssel indes in vornehmes Schweigen. \*MJ

Zur gängigen Desinformationspraxis des politisch-medialen Komplexes gehört u.a. die dreiste Behauptung, die AfD sei die „Fünfte Kolonne Moskaus“, so scholl es unlängst wieder aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Nur weil unsere Partei mit Parlaments-Delegationen in Russland Gespräche führt und Anknüpfungspunkte für ein gedeihliches Zusammenwirken beider Länder auslotet, was in der Diplomatie üblich und für eine deutsche Oppositionspartei ganz selbstverständlich zu sein hat.

Oder, dass im viel zitierten Ukraine-Konflikt auf der Krim die AfD zu Recht darauf hingewiesen hat, dass dort immerhin eine Volksabstimmung zugunsten Russlands durchgeführt wurde, die man vielleicht unter UN-Mandat wiederholen könnte – mit dem sicherlich gleichen Ergebnis – wie Kenner der regionalen Verhältnisse einhellig berichten. Schließlich stellt sich gerade hier für uns Deutsche die Frage: Haben wir nicht ein so viel beschworenes und doch so oft gebrochenes Selbstbestimmungsrecht der Völker?

### Westliche Sanktionspolitik trifft die Falschen: Einfache Bürger

Die AfD setzt sich für eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen ein, die im Gefolge der Wiedereingliederung der Krim

nach Russland erfolgte. Sanktionspolitik ist selten erfolgreich und trifft, wie uns die geschichtliche Erfahrung zeigt, vor allem die Falschen, nämlich die einfachen Bürger.

Nicht zuletzt sei ein Blick auf die „Mutter aller Konflikte mit Russland“ gestattet: „Die NATO-Osterweiterung“, von der zu Zeiten der russischen Zugeständnisse zur deutschen Wiedervereinigung nie die Rede war.

Mein Kollege Paul Hampel, Außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, hat als journalistischer Zeitzeuge bei den entscheidenden Gesprächen in Begleitung von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher immer wieder betont, dass damals kein Mensch auf die Idee kam, dass sich die NATO nach Polen und darüber hinaus -

vielleicht auch in die Ukraine - ausbreiten würde.

Es ist also an der Zeit, die außenpolitischen Prämissen der damaligen Entspannungspolitik als AfD nochmals klar zu umreißen: Ja, Verankerung im Westen als Mitglied der NATO, aber selbstverständlich auch Ausgleich mit Russland, denn: Frieden und Stabilität wird es in Europa ohne Russland nicht geben. Während die früheren Regierungen von Kohl und Schröder noch auf eine Einbindung Russlands in Europa zielten, ließ sich Merkel zu sehr von der amerikanischen Rivalität und Konfrontation mit Moskau leiten. Diesen konfliktgeladenen Weg sollten wir nicht gehen!

Worauf es jetzt ankommt, ist die Wiederbelebung von Plattformen wie dem „Petersburger Dialog“ und ähnlichen Institutionen. Auch sollten wir nicht jene Zeiten deutsch-russischer Annäherungen vergessen, die offen für neue Chancen der Verständigung waren, wie z. B. im Jahr 2001. Da trat Wladimir Putin im Deutschen Bundestag auf und schlug einen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok vor. Er ist damals mit stehenden Ovationen empfangen worden. Es ist aus Sicht der AfD dringend geboten, einen Neuanfang in den deutsch-russischen Beziehungen zu wagen.

Ein Gastkommentar von  
Jens Kestner, MdB



# Für ein **EUROPA** das **Russland** einschließt

*Konfrontationskurs mit Moskau führt in die Sackgasse!*

# Familie in Not! AfD hilft!

Eine Mutter aus dem vogtländischen Oelsnitz wandte sich vor wenigen Wochen völlig verzweifelt an den für diesen Wahlkreis zuständigen AfD-Landtagsabgeordneten und bat um Hilfe. In einem ersten Gespräch schilderte sie, dass ihr 38-jähriger Sohn, der eine Lebenspartnerin und drei Kinder hinterlässt, fünf Tage nach einer Corona-Schutzimpfung an Herzversagen verstorben sei.

Verzweifelt erklärte sie, dass sie die Beerdigungskosten nicht allein aufbringen könne und ihre Schwiegertochter mit den drei Kindern vor dem Nichts stünde. In weiteren Gesprächen, an denen auch die immer noch unter Schock stehende Lebenspartnerin des Verstorbenen teilnahm, wurde seitens einiger Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion geprüft, wie der Familie geholfen werden könne. Bei Impfschäden, die in Folge einer staatlich vorgeschriebenen oder empfohlenen Schutzimpfung aufgetreten sind, haftet der Staat. Hierbei ist wichtig, dass es einen ursächlichen

Zusammenhang zwischen Impfung und Schaden gibt. In einem ersten Schritt klärten Angehörige der AfD über die möglichen Entschädigungsansprüche auf. Danach wurden alle notwendigen Unterlagen gesammelt, die erforderlichen Anträge mit den Betroffenen ausgefüllt und im Anschluss an die zuständige Stelle in Sachsen verschickt.

In einem zweiten Schritt wurde in der Landtagsfraktion eine Spendenaktion gestartet, die zum Ergebnis hatte, dass die Familie im erheblichen Umfang unterstützt werden konnte und zudem noch ein Tierparkbesuch in Hirschfeld bezahlt wurde, welchen sich die drei Kinder des Verstorbenen gewünscht hatten.

Gerade weil nicht absehbar ist, wie der Staat entscheidet und bis zur endgültigen Entscheidung mehrere Jahre vergehen können, werden Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion der Familie auch weiterhin zur Seite stehen und den Prozess begleiten. \*AW

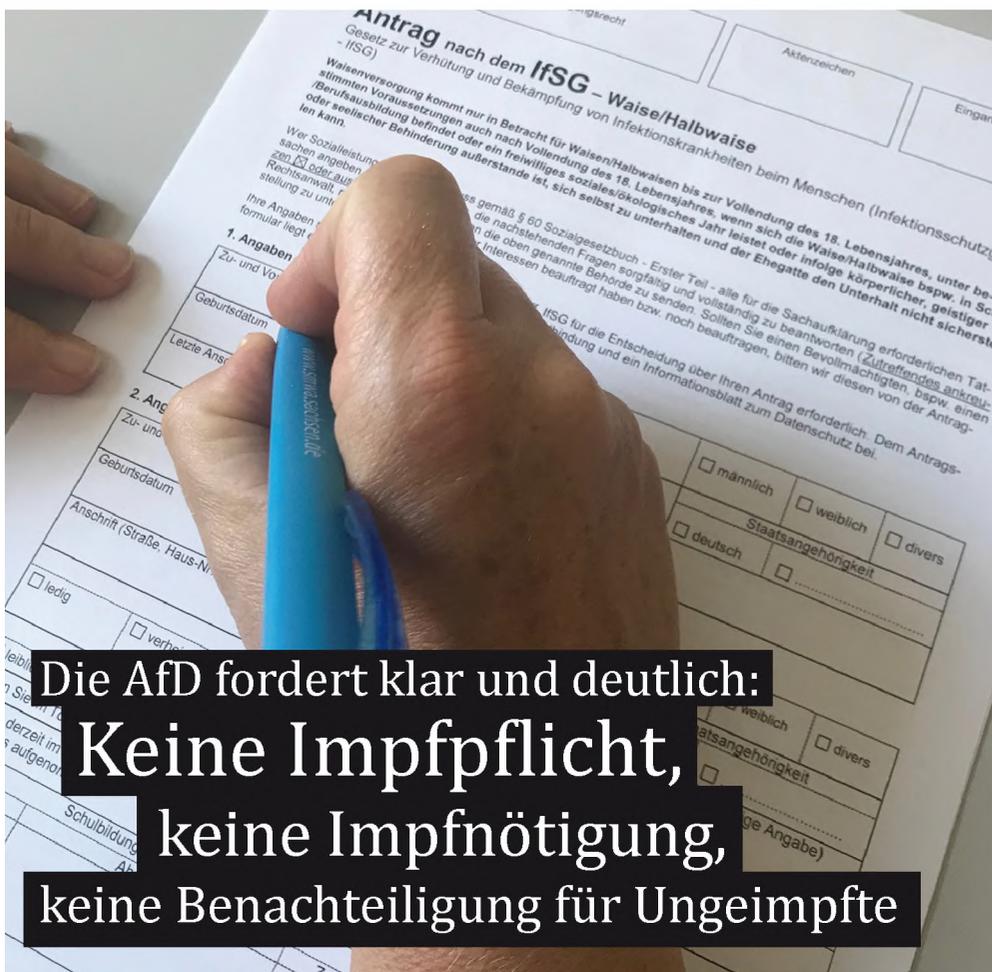


## Keine Impfung, sondern Gentherapie?

Der Immunologe, Pharmakologe und Toxikologe Prof. Stefan Hockertz hat in einem Interview im Basel-Express (April 2021) wörtlich gesagt: „Die Hersteller geben offen zu, dass die Impfung keine Infektion, sondern nur schwere Verläufe, verhindern soll. Aber auch das wurde noch mit keiner Studie bewiesen. Es ist also per Definition keine Impfung, sondern höchstens eine prophylaktische Gen-Therapie. Das ist Etikettenschwindel!“

Er bezieht sich dabei auf die Tatsache, dass bisher auch Geimpfte erkranken, dass Geimpfte sich weiterhin infizieren können und dass Geimpfte auch weiterhin andere anstecken können. Damit, so Hockertz, sei keines der Merkmale einer klassischen Impfung erfüllt. Lediglich weil der Begriff „Gen-Therapie“ negativ belastet sei, würde man stattdessen „Impfung“ sagen.

Im Weiteren warnt er davor, dass die bei den Impfungen angewandte „mRNA-Technologie“ bisher noch nie an Menschen erprobt worden sei. Normalerweise, so Hockertz, dauert die Entwicklung eines Medikaments bis zur Zulassung 8 bis 12 Jahre. Jetzt sollen plötzlich 11 Monate ausreichend sein. Die ersten Folgen sind bereits ersichtlich. Hockertz schließt mit den Worten: „Diese Impfung ist und bleibt ein Menschenexperiment – jenseits von Ethik und Moral. Aus meiner Sicht handelt es sich strafrechtlich betrachtet um vorsätzliche Körperverletzung mit etwaiger Todesfolge, das möchte ich in aller Deutlichkeit betonen!“



Die AfD fordert klar und deutlich:  
**Keine Impfpflicht,  
keine Impfnötigung,  
keine Benachteiligung für Ungeimpfte**



# Wie glaubwürdig sind die Medien?

## Über die Gründe ihrer Unglaubwürdigkeit

Ein Gastkommentar von Ralf Schutt

„Fast jeder Vierte für Corona-Impfpflicht“ jubelt n-tv am 30. Juni 2021 – das klingt nach satter Mehrheit. Doch nur 22 Prozent der Befragten sagen Ja zur Impfpflicht – aber 77 Prozent sind dagegen. Typisch Mainstream: Die Überschrift ist nicht gelogen, nur aufmerksame Leser erkennen die Manipulation. Mäßig entstellte Wahrheiten, sagt Lichtenberg, sind die gefährlichsten Unwahrheiten.

Woher kommt die perfide Besessenheit zu Fälschungen und offensichtlichen Lügen der Relotius-Medien? Oberflächlich gesehen ist es ein Wertewandel. Zu einer Zeit, als die Tageschau noch als „Lagerfeuer der Nation“ galt, forderte Hanns Joachim Friedrichs: „sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“. Heute bekennt das Magazin Perspective Daily: „Konstruktiver Journalismus gibt sich gar nicht erst der Illusion hin, objektiv zu sein.“ Haltungsjournalismus wird auch auf 250 Instagram-Kanälen von ARD und ZDF für jugendliches Publikum ausgespielt. Weltwoche-Chef Roger Köppel schreibt: „Das größte Problem der Deutschen sind ihre Medien. Sie lautsprechen von oben nach unten, regierungsergeben, überheblich, besser-

wisserisch, die Deutschen zum Guten erziehen wollend.“

Gründe für diesen Wahn analysieren namhafte Freiheitsautoren. Roland Baader beschreibt in „Totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören“, worin die westliche Intelligenzia wurzelt: in den Interpreten des Gotteswortes, den Rechtsgelehrten und den Hofnarren. Industrielle Revolution, Schulbildung und Drucktechnik ließen eine Schicht der „Gebrauchtwarenhändler von Ideen“ (von Hayek) entstehen – „die neue Priesterkaste“ (Schelsky). Heute treten praxisferne Politiker und Experten als „Allzuständigkeitschwätzer“ (Baader) in den Talkshows auf. Sie missionieren mit Ideen zu Enteignungen, Steuererhöhungen und Markteingriffen und zeigen damit, dass „der Antikapitalismus zur zentralen Säule der säkularen Religion der Intellektuellen geworden“ (Cushman) ist.

„Warum Intellektuelle den Kapitalismus nicht mögen“, erklärt Rainer Zitelmann: Intellektuelle beziehen Buchwissen – explizites Wissen – aus akademischer Bildung. Sie verachten das praktische Erfahrungswissen – implizites Wissen – von Unternehmern. Intellektuelle sind fasziniert von Theorien, die erdacht und in komplizierten Systemen formu-

liert werden. „Sie und nicht die Massen sind der Träger des Sozialismus“, schreibt Ludwig von Mises. So übte „der Marxismus im 20. Jahrhundert eine ungeheure Attraktivität auf Intellektuelle“ aus, schreibt Zitelmann. Trotz Millionen Opfer der sozialistischen Praxis blendet die Theorie des Sozialismus auch heute noch viele Intellektuelle und Studenten. „Noch ‚erfolgreicher‘ als der Marsch durch die Institutionen war der Marsch durch die Definitionen“, schreibt Baader über die linken 68er „Gesellschaftskonstrukteure“. „Ganze Heerscharen von Soziologen, Philosophen und Politologen“ bewirken einen „zirkulären Begriffswandel“. Und unaufhörlich strömen junge Intellektuelle aus den Universitäten in die Schaltstellen der Macht.

Über 92 Prozent der ARD-Volontäre wählen Parteien des linken bis linksradikalen Spektrums. Diese 28- bis 30-jährigen Hochschulabsolventen sind Klassenkämpfer vom Feinsten, losgelassen und losgeschickt mit einem Acht-Milliarden-Budget.

Roland Baader blickt optimistisch voraus: „Das Internet ist eine große Chance: Wenn sich die Wahrheit unsubventioniert verbreiten kann, schlägt sie die subventionierte Lüge.“

# UNSERE KANDIDATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL



**Jens Maier**

*Dresden 1*

159



**Andreas Harlaß**

*Dresden 2 / Bautzen 2*

160

StB Klotzsche  
StB Pieschen  
StB Neustadt  
StB Loschwitz  
StB Prohlis  
StB Leuben  
StB Pieschen  
StB Neustadt  
StB Loschwitz  
StB Prohlis  
StB Leuben

Ottendorf-Okrilla

Wachau

OS Weixdorf

OS Schönborn

OS Langebrück

StB Klotzsche

Radeberg

Groß

gebäude

tha

hatz

StB Pieschen  
StB Neustadt  
StB Loschwitz  
StB Prohlis  
StB Leuben

Lasewitz

OS Schönfeld-Weißig

Name: **Jens Maier**  
 Geb.-Datum: 10. 02. 1962  
 Geburtsort: Bremen  
 Dresdner seit: 1991  
 Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder  
 Erlerner Beruf: Volljurist  
 Letzter Beruf: Mitglied des Bundestages seit 2017, vorher 20 Jahre Zivilrichter am LG Dresden  
 AfD-Mitglied seit: 2013  
 Hobbys: Motorrollerfahren, deutsche Literatur, klassische Musik, Kino  
 Ich stehe für: Freiheit, Wiederherstellung des Rechtsstaats und Beseitigung von Vollzugsdefiziten, Sicherheit und Ordnung sowie Bekämpfung von Amtsmissbrauch und Korruption  
 Schwerpunkte Berlin: Zurückdrängung von Islam und Antifa, Zivil- und Zivilprozessrecht (z.Bsp. Bekämpfung von Mietnomaden), Transparenzregeln für Abgeordnete und Lobby-Register  
 Internet: <https://afd-maier.de>  
 Spenden an den Kandidaten  
 Empfänger: AfD KV Dresden  
 IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13  
 BIC: OSDDDE81XXX  
 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)  
 Verwendungszweck: Spende BTW 2021 Jens Maier

Name: **Andreas Harlaß**  
 Geb.-Datum: 25. 12. 1961  
 Geburtsort: Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz)  
 Dresdner seit: 1992  
 Familienstand: Verheiratet, 3 Kinder  
 Erlerner Beruf: Koch  
 Letzter Beruf: Abteilungsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
 AfD-Mitglied seit: 2014  
 Hobbys: Holzarbeiten, Schießsport, Hund, Lesen, Kochen  
 Ich stehe für: Sozialen Patriotismus, Natur- und Heimatschutz, Traditions- und Denkmalpflege  
 Schwerpunkte Berlin: Erhaltung und Förderung von Traditionsbauten, Tierwohl fördern, GEZ-Abwicklung, Umwelt und Landwirtschaft  
 Internet: <https://andreas-harlass.de>  
 Spenden an den Kandidaten  
 Empfänger: AfD KV Dresden  
 IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13  
 BIC: OSDDDE81XXX  
 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)  
 Verwendungszweck: Spende BTW 2021 Andreas Harlaß

Quelle: Bundestagswahlkreise 2021 Dresden.de